



Antrag

der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW

Keinen Jugendlichen verlieren - Kooperationen vor Ort unterstützen - Jugendberufsagenturen auf den Weg bringen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit den weiteren beteiligten Akteuren Kooperationen im Land und vor Ort zu unterstützen, damit alle Jugendlichen eine Perspektive in eine Ausbildung finden. Dabei soll auch das Modell einer Jugendberufsagentur aufgegriffen und verfolgt werden.

1. Das Ministerium für Schule und Berufsbildung erarbeitet gemeinsam mit den Kommunen, der Agentur für Arbeit, den Kammern, dem UVNord, dem DGB, den RBZ/beruflichen Schulen und den Trägern der Jugendhilfe ein Konzept, um den Übergang Schule-Beruf zu optimieren und rechtskreisübergreifende Kooperationen auszubauen. Basis ist der Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe zum Übergang junger Menschen von der Schule in Ausbildung und Arbeit. Es soll auch der Weg zur Einrichtung von Jugendberufsagenturen diskutiert werden.

Dabei wird mit den landesweiten und regionalen Akteuren in den Kreisen und kreisfreien Städten ausgelotet, wie in einer ersten Phase in mindestens zwei Modellkommunen eine Jugendberufsagentur eingerichtet werden kann – mindestens eine Modellkommune soll in einer kreisfreien Stadt, mindestens eine

Modellkommune in einem Kreis angesiedelt sein. Diese sollen unterstützt werden.

2. Das Ministerium für Schule und Berufsbildung berichtet dem Bildungsausschuss vor den Sommerferien 2015 über die Ergebnisse und evaluiert die Arbeit der Modellprojekte.

Begründung:

Die Idee der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit in Jugendberufsagenturen wurde in der schriftliche Anhörung zum Bericht der Landesregierung zur Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein von vielen Expertinnen und Experten begrüßt; andere verweisen auf bereits bestehende erfolgreiche Kooperationen.

Es wurde darauf hingewiesen, dass das Hamburger Modell der Jugendberufsagentur auf das Flächenland Schleswig-Holstein mit seinen regionalen Unterschieden nicht 1:1 übertragbar ist. Deshalb sollen die Erfahrungen anderer Flächenländer wie Mecklenburg-Vorpommern in die Überlegungen einbezogen werden.

Mit der Integration der Beruflichen Bildung in das Ministerium für Schule und Berufsbildung bietet sich die Gelegenheit, gemeinsam mit anderen Akteuren der beruflichen Bildung Konzepte zu erarbeiten, den Übergang Schule-Beruf zu überarbeiten, um mehr Jugendliche direkt in eine Ausbildung zu bringen, und Jugendberufsagenturen auf den Weg zu bringen.

Für diesen Prozess ist es sinnvoll, bereits vorhandene Koordinationsgremien im Feld des Übergangs zwischen Schule und Beruf als Grundlage zu nutzen. Ziel ist eine verbindliche rechtskreisübergreifende Kooperation in allen Kreisen und kreisfreien Städten.

Im Bericht und in der Anhörung wurde auch deutlich, dass es in vielen Kreisen und kreisfreien Städten bereits Ansätze von rechtskreisübergreifender Zusammenarbeit im Sinne einer Jugendberufsagentur gibt, deren Weiterentwicklung das Land unterstützen sollte.

Hans Hinrich Neve
und Fraktion

Tobias von Pein
und Fraktion

Ines Strehlau
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW